

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,  
Lobkowitz-Platz, Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Dresdner  
Verlagsanstalt, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 6,00 M., durch die Post  
bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
8,50 M. (Einschl. Post) Ausland 10,00 M.  
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Postfach 10, Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Postfach 10, Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: Die 9-spaltige Normzeile 2,00 M., Familienanzeigen  
1,50 M., die 3-spaltige Normzeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Auftrags-  
annahme. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur  
Aufnahme an vorbestimmten Tagen. Für Kleinanzeigen 50 Pf.

Nr. 300

Dresden, Dienstag den 28. Dezember 1920

31. Jahrg.

## Kommandant Escherich

Paris, 28. Dezember. Ueber die Sitzung des Ausschusses, der über die deutsche Antimilitarische Note in der Frage der Einwohnereinsparungen verhandelt wurde, verlautet nach folgenden Einzelheiten: General Koller gab seiner bestimmten Überzeugung Ausdruck, daß der diplomatische Weg die Entlastung der Deutschen und der anderen der kaiserlichen Einwohnereinsparungen durch die heutige Verhandlung nicht zu erreichen sein wird.

Nach seiner Meinung der Dinge bezeichnen er die kaiserlichen Einwohnereinsparungen als eine gefährliche Nebenregierung, von der Entschließen vielerlei im Deutschen Reich abhängen können. Das Ministerium habe die Verantwortung in Paris nur dem Namen nach, während Herr Escherich das wirkliche Kommando in den Händen habe und keine diplomatische über den Herr verfüge, eine völlige Umwälzung in Deutschland herbeiführen in der Lage sei.

## Die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Berlin, 28. Dezember. Der amerikanische Senator Mac Cormick hat gestern Abend Berlin verlassen und wird sich nächst nach Koblentz begeben. Vor seiner Abreise hat er am hiesigen amerikanischen Institut einen Besuch abgestattet. Mac Cormick ist an dem geistigen Austausch zwischen Deutschland und Amerika, der auf der deutschen Seite durch das amerikanische Institut vermittelt wird, besonders interessiert. Während seines Besuchs im amerikanischen Institut sprach sich Mac Cormick über die Aussichten der deutsch-amerikanischen Beziehungen aus und sagte sein Urteil über die allgemeine Lage in die Worte: „Am Ende des Tunnels kann man nicht sehen. Zur Erlangung einer Einigung zwischen den beiden Staaten hält Mac Cormick besonders auch den gegenseitigen Besuch der Hochschulen durch die Studenten für sehr wichtig, und er meinte, daß mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Amerika den deutschen Studenten sehr entgegengekommen werden müßte, etwa durch Erleichterung der Dolarspenden.“

## Eigenartige Methoden des Auswärtigen Amtes

Berlin, 28. Dezember. Beim Auswärtigen Amt ist, wie wir erfahren, eine von General Rollet gezeichnete Note der Entente-Mächte eingelaufen, in der mit Berufung auf das Abkommen von Spa neuerdings die vollständige Auflösung der Sicherheitspolizei gefordert wird. Der Wortlaut der Note wird vom Auswärtigen Amt zunächst noch streng geheim gehalten.

Das Auswärtige Amt wendet in letzter Zeit eine sehr merkwürdige Methode an, um den „gestörten Gang der Verhandlungen“ über Ententennoten in Pressekommentaren zu sichern. Das Auswärtige Amt hält die Noten so lange geheim, bis auf Umwegen über die Entente-Presse der Inhalt der deutschen Öffentlichkeit bekannt wird. Es steigt aber dann gerade in diesem Falle, wie bei der Frage der Einwohnereinsparungen, die Vermutung sehr nahe, daß man vielleicht alle Ursache hat, der deutschen Presse die Tatsachen, auf die sich die Ententennote stützt, solange als möglich zu verheimlichen.

## Günstige internationale Lage Rußlands

London, 28. Dezember. Nach einer Meldung des Exchange Telegraph sind die Verhandlungen zwischen der russischen und polnischen Delegation in Paris abgebrochen worden. Diese Erklärung ist internationaler Lage Rußlands ist jetzt so günstig, daß die Klauen des mit Polen abgeschlossenen Friedensvertrags nicht mehr den Charakter der Vorübergehlichkeit hätten, und daß Rußland gezwungen sei, die polnischen Kriegsgefangenen nicht in ihre Heimat zurückzuführen. Sie würden jetzt in Rußland beschlagnahmt.

## Der Oberrentkrieg

Triest, 27. Dezember. (Telegraphische Meldung.) In der Nacht letzten Gewehr- und Maschinengewehre wurden von italienischen Truppen und den Begleitern von Triest, aber ohne ernste Folgen. Heute hat General Cavaglia durch Blücker Aufzüge über Triest abmarschieren lassen, die zur Einstellung des brüderlichen Kampfes auffordern.

## Die notwendige Einheitsfront

Während in der ersten Zeit nach der Revolution die Unabhängigen über einen wertvollen Scheinradikalismus nicht hinauskommen, häufen sich in letzter Zeit erfreulicherweise die Anzeichen dafür, daß sie bereit sind, praktisch mitzuarbeiten. In Braunschweig haben wir bereits seit längerer Zeit eine rein sozialistische Regierung, der Vertreter der mehrheitssozialistischen und der Unabhängigen Partei angehören. Während früher in Sachsen die Bildung einer reinsozialistischen Regierung daran scheiterte, daß die Unabhängigen unerträgliche Bedingungen stellten, waren diesmal die Forderungen der U. S. V. sehr maßvoll. In Thüringen unterstützen die Unabhängigen eine mehrheitssozialistisch-demokratische Regierung, in Bremen haben beide sozialistischen Parteien gemeinsam gegen die bürgerliche Regierung Front gemacht.

Die Wandlung, die sich jetzt bei der U. S. V. vollzieht, dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Partei in Folge der überaus großen Schreihölle losgerissen ist und auf die Kommunistische Partei abgegangen hat. Zudem haben die Führer der U. S. V. aus dem Ausfall der letzten Wahlen geschlossen, daß die Massen der Arbeiter eine Partei auf die Dauer nicht unterstützen, die sich weigert, ihre durch die Wahl errungene Macht auch durch die Teilnahme an der Regierung auszunutzen. Aber auch bei den Kommunisten zeigen sich Anzeichen beginnender Einsicht. Es ist immerhin ein Fortschritt, daß sie hier in Sachsen das Zustandekommen einer rein sozialistischen Regierung ermöglicht haben. Noch vor einem halben Jahre wäre es höchstwahrscheinlich ausgeschlossen gewesen, daß ein wahrer Kommunist bei einer Ministerpräsidentenwahl einem Mehrheitssozialisten seine Stimme gibt. Die Kommunisten sind sich darüber klar, daß sie bei der Arbeiterklasse untrennbar wären, wenn sie die bürgerliche Regierung den bürgerlichen Parteien ausgeliefert hätten. So sind die Herren von der Kommunistischen Partei wohl weniger ihrem eigenen Triebe als dem Druck der Arbeitermassen gefolgt. Aber gerade das ist das Erfreulichste an der gegenwärtigen Entwicklung, daß es offenbar die Stimmung der Arbeitermassen ist, die immer mehr ein Zusammengehen der sozialistischen Parteien erzwingt.

Zur Interesse des deutschen Proletariats ist es aber auch dringend notwendig, daß die sozialistischen Parteien ihre Kraft nicht mehr im innerparteilichen Kampf erschöpfen. Frech und dreist erhebt die kapitalistische Reaktion ihr Haupt. Uns hat nicht die geringste Sorge, daß die Herren vom Großkapital gegen jede Sozialisierungsmaßnahme im Kohlenbergbau Widerstand, und ganz offen hat die Reichsregierung mit ihrer letzten Note an Rußland aller Welt gezeigt, wie sehr sie unter der Vormachtigkeit der konservativ-liberalen Regierung steht. Wenn denn je braucht heute das deutsche Proletariat eine Einheitsfront aller sozialistischen Parteien.

Wir haben die U. S. V. und die Kommunisten auf das Schärfste bekämpft, weil der phrasenreiche Scheinradikalismus, der ihre Politik in den ersten zwei Jahren nach der Revolution selber nur allzu sehr bestimmte, ein schwerer Schaden und eine große Gefahr für die Arbeiterklasse war. Aber jeder Sozialist muß die Entwicklung, die sich jetzt angebahnt hat, auf das freudigste begrüßen. Es ist eine Fabel, daß die Dresdner Volkszeitung das Organ der sogenannten Dresdner Richtung ist, deren höchste Sehnsucht auf ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei gerichtet sei. Wenn es eine solche Dresdner Richtung gäbe, so würden wir sie in unserer Blatte auf das Schärfste bekämpfen müssen. Nachdem die U. S. V. sich zur Teilnahme an der Regierung bereit erklärt hatte, konnte es für uns keinen Zweifel geben, daß unter Partei die Bildung einer Regierung zusammen mit der U. S. V. durchzuführen müßte.

Wir glauben nicht, daß die Zeit für eine Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien gekommen ist. Es sind zweifellos immer noch genug Gegenstände vorhanden, und wenn sich heute die U. S. V. und die U. S. V. vereinigen würden, so käme dabei eine Partei heraus, der es an äußerer Stabilität fehlte, weil in ihren Reihen fortwährend die schwachen Kämpfe ausgefochten werden müßten. Aber es ist dringend zu wünschen, daß sich das politische Zusammenwirken beider Parteien immer enger gestaltet, so daß über kurz oder lang Vertreter beider Parteien auch im Reich und in Preußen gemeinsam an einer Regierungsbildung teilnehmen können.

Die Vorgänge in den letzten Monaten haben gezeigt, einen wie schweren Schaden die jetzt bürgerliche Regierung für die Massen des deutschen Volkes bedeutet. Freilich dürfte in der nächsten Zeit die Bildung einer reinsozialistischen Regierung im Reich und in Preußen ausgeschlossen sein, weil für eine derartige Regierung in den Parlamenten eine Mehrheit nicht zu erlangen ist. Wollen sich dort die sozialistischen Parteien in der Regierung halten, so müssen sie bereit sein, mit Angehörigen bürgerlicher Parteien im Kabinett zusammenzuarbeiten.

Teilhaftig sich heute die mehrheitssozialistische Partei allem an einer bürgerlich-sozialistischen Regierung, so besteht allerdings in hohem Maße die Gefahr, daß wir zwar die Verantwortung für die Regierungsmassnahmen mit tragen müssen, der sozialistische Einfluß aber völlig ungenügend bleibt. Würden sich aber sozialistische Regierungsmitglieder sowohl auf die mehrheitssozialistische als auf die Unabhängigen Partei stützen können, so wären sie wahrnehmbar unannehmbar sehr viel Nützliches für das deutsche Proletariat zu leisten.

## In gärender Zeit

steht die Sozialdemokratie auf der Wacht. Die politischen Kämpfe spigen sich zu. Es geht um die neu errungenen Freiheiten, um die Demokratie, um das Selbstbestimmungsrecht des Volkes.

Die alten Volksfeinde erheben wieder dreist das Haupt. Ihr Streben ist auf Vernichtung der revolutionären Errungenschaften gerichtet. Sie rufen nach der Monarchie. Auch in Sachsen hat sich bereits eine Königsmacherpartei gegründet.

Gleichzeitig ist ein Ringen um die Sozialisierung und Kommunalisierung, um die Umgestaltung des Wirtschaftslebens nach den Anforderungen des Allgemeinwohls entbrannt.

In diesen Kämpfen steht im Vordergrund die Sozialdemokratie. Ihre beste Waffe ist dabei

### die Arbeiterpresse.

Sie ist jeden Tag schlagfertig, sie enthüllt die Pläne der Reaktion und die Tücken der kapitalistischen Interessenspolitiker. Sie geht entschieden gegen den Schleichhandel und Lebensmittelpreuwucher vor.

Täglich informiert die

### Dresdner Volkszeitung

Ihre Leser über die neuesten Ereignisse aus den politischen und wirtschaftlichen Kampfgebieten. Die Entschlüsse und Reden in den Volksvertretungen, die Maßnahmen der Regierungen — von alledem gibt die Volkszeitung ein getreues Spiegelbild.

Dabei ist es unausgesetzt ihr Bestreben, das Volk über alle Gebiete des Wissens und der Kunst aufzuklären und das Beste für die Unterhaltung zu bieten.

Je mehr die

### sozialdemokratische Zeitung

an das Volk bringt, je zahlreicher die Leserschaft, desto besser für Volksfreiheiten und Arbeiterinteressen. Je mehr Leser, desto wirksamer die Abwehr der nach den Volksrechten lästernen reaktionären Raubgesellen.

Am Jahreschluß muß für alle Freunde der Volksfreiheit und der sozialen Neugestaltung die Losung sein, einige Tage der Werbearbeit für die sozialdemokratische Arbeiterpresse zu widmen.

### Jeder Leser einen neuen Abonnenten.

Das sei die Aufgabe für den Beginn des neuen Jahres. So wird die Macht der Arbeiterklasse mächtig gehoben, so die siegreiche Abwehr aller Volksfeinde am besten vorbereitet. Darum:

Auf zur Werbearbeit für die Dresdner Volkszeitung!